

Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

Pressemitteilung

Minden, 09.01.17

Handelsabkommen über den Handel mit Dienstleistungen TiSA

Das Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen befasste sich am 9. Januar auf seiner Plenumsitzung intensiv mit dem geplanten Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen TiSA (Trade in Services Agreement). Es wird seit 2012 von der EU und 21 weiteren Ländern verhandelt, wesentliche Vertragsbestandteile sind ausformuliert. Da viele Schwellenländer sich in der Welthandelsorganisation gegen die sehr weitgehenden Forderungen der entwickelten Länder zur Öffnung der Märkte wehrten, versuchen nun diese Länder ihre Wünsche in einem kleineren Kreis zu realisieren. Die Verhandlungen finden geheim statt, Informationen liegen nur in Form geleakter Papiere vor. Was bisher bekannt wurde, gab in der Diskussion Anlass zu großer Besorgnis.

Im TiSA umfasst der Begriff des grenzüberschreitenden Handels mit Dienstleistungen alle erdenklichen Formen und Branchen, z.B. den Internethandel, Telemedizin, Bildung incl. E-Learning, Medizintourismus, Fremdenverkehr, Logistik, Wasser- und Energiedienstleistungen oder die Entsendung von Beschäftigten.

Initiatoren der Verhandlungen waren große Lobbyorganisation der Dienstleistungskonzerne, denen die bisherigen weltweiten Regelungen nicht ausreichten. Bisher gab es in diesem Bereich keine Bestimmungen zur Entschädigung und keine Klagemöglichkeiten von Konzernen gegen Gesetze und Verordnungen von Staaten, die ihre Gewinne schmälern. Das soll mit TiSA nun anders werden. Künftig sollen die teilnehmenden Staaten verpflichtet sein, alle geplanten Gesetze und Verordnungen, die irgendeine Auswirkung auf den Handel mit Dienstleistungen haben, den Konzernen frühzeitig zur Kenntnis zu geben, damit diese ihre Kommentare abgeben können. Und die sollen verpflichtend berücksichtigt werden. Künftige Regulierungen sollen nur noch dann zulässig sein, wenn sie der weiteren Liberalisierung dienen. Dazu gehört auch der Abbau von Schutzrechten.

Die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO werden in den geleakten Dokumenten nur am Rande erwähnt und dort nur als Obergrenze. Das bedeutet, dass eine Verbesserung von sozialen und Arbeitsrechten mit TiSA ausgeschlossen wird. Stillstandsregelungen sollen künftig nur noch eine Richtung erzwingen: Immer weniger Möglichkeiten, Beschäftigte, Verbraucher und Umwelt zu schützen. Jede Rekommunalisierung von privatisierten öffentlichen Dienstleistungen wäre dann verboten. Noch vorhandene staatliche Unternehmen dürften nur noch rein kommerzielle Zwecke verfolgen. Eine soziale oder ökologische Ausrichtung wäre vertragswidrig. Das steht einer Lösung der Umweltprobleme und der drohenden Klimakatastrophe völlig entgegen.

Pikant und im deutlichen Widerspruch zu bestehenden Datenschutzgesetzen ist, dass der grenzüberschreitenden Datenverkehr, dem Sammeln, Speichern, Auswerten und Weitergeben von Daten ohne Einschränkungen zulässig ist, auch bei personenbezogenen Daten. So etwas wie Datenschutz hat darin keinen Platz.

Und noch ein weiterer Punkt erregte die Aufmerksamkeit: Die Regelungen zur Beschäftigung von Personen im Ausland. Danach wäre es möglich, dass über Arbeitsvermittlungen und Zeitarbeitsagenturen Menschen für Projekte in anderen Ländern vermittelt werden. Für sie würden die Arbeitsrechte in dem Land, in dem sie arbeiten, nicht gelten. Dazu Reiner Liebau: „So kann ein Heer von rechtlosen Wanderarbeiterinnen geschaffen werden, die Löhne und Arbeitsbedingungen weiter unter Druck setzen und das keinesfalls nur bei den Beschäftigten im Dienstleistungsbereich.“

TiSA enthält etliche Regelungen, die bei den Freihandels- und Investitionsschutzverträgen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) auf großen Protest der Öffentlichkeit stießen.

Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

Das Fazit der Diskussion fasste Klaus-Albert Bolten mit dem Worten zusammen:“ Dieser Vertrag verschärft sogar noch die Politik, die mit den Verträgen TTIP und CETA deutlich wurde. Vordringlich ist nun, den Widerstand gegen CETA fortzusetzen und dem Eindruck entgegenzuwirken, dieser Vertrag sei nun nicht mehr aufzuhalten.“ Die Unterschriftensammlung für die Volksinitiative NRW gegen CETA und TTIP soll nun in Minden und Bad Oeynhausen intensiviert werden.

Mindener Bündnis gegen Freihandelsabkommen

Klaus Albert Bolten
Haydnweg 16
32457 Porta Westfalica

Reiner Liebau
Hardenbergstraße 27
32423 Minden